

Herrn Bürgermeister
Alfred Baxmann
Stadt Burgdorf
Vor dem Hannoverschen Tor 1

31303 Burgdorf

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf

Horst Ruser

Ratsmitglied

Friederikenstr. 50

31303 Burgdorf

Tel. 05136 / 81643

Mob 0175 / 5610546

E-Mail: SPD@HorstRuser.de

Mittwoch, 02. Mai 2012

■ **Vorgehen zur Einführung der inklusiven Schule**

Antrag gem. § 6 Geschäftsordnung zur Behandlung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport am 24.05.2012 sowie im Rat der Stadt Burgdorf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Baxmann,

der niedersächsische Landtag hat am 20.3.2012 das Gesetz zur Einführung der inklusiven Schule verabschiedet. Inklusion ist damit ein fester Bestandteil des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG).

Akteure im Bereich der Schulen setzen sich bereits seit Jahren mit diesem Thema auseinander. Die CDU Landesregierung lässt es nun zu, ein Schwerpunktthema mit immensen gesellschaftlichen wie auch finanziellen Auswirkungen bereits 5 Monate nach Verabschiedung im Landtag ab Schuljahr 2012/13 Realität werden zu lassen. Ausreichende Ergänzungsvorschriften gibt es aktuell nicht.

Die Informationen gegenüber Familien mit schulpflichtigen Kindern hinken dem Gesetzgebungsprozess massiv hinterher. Die Kommunen als Schulträger müssen die katastrophale Schulpolitik ausbaden und es bedarf dringender Informationen nicht nur gegenüber den Eltern, die Burgdorf als familienfreundlich bei einem breit gefächerten Bildungsangebot erleben wollen, sondern auch gegenüber Rat und Verwaltung.

Im Ausschuss Schule, Kultur und Sport wurde von Herrn Beneke am 16.2.2012 berichtet, dass man sich auf eine Schwerpunktschule verständigen wolle. Ich verweise darauf, dass es sich dann lediglich um eine Übergangsregelung handelt, die ab 2018 aufzuheben ist. Ab diesem Zeitpunkt müssen alle Schulen ausnahmslos als inklusive Schulen geführt werden.

Entsprechend stelle ich hiermit zum Thema Inklusion den Antrag in folgenden Punkten:

- 1) Zahlenbericht im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport über die sonderpädagogische Förderung, getrennt nach Förderschwerpunkten an Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf sowie in Trägerschaft der Region Hannover. Die überregionale Situation ist über die zuständigen Stellen abzufragen und einzubringen.
- 2) Erarbeitung eines Konzepts von der Verwaltung über die vom Schulträger zu leistenden räumlichen und sächlichen Anforderungen zur Einführung der inklusiven Schule gemäß den gesetzlichen Bestimmungen. Besondere Auseinandersetzung mit der übergangsweisen Organisationsform Schwerpunktschule gem. NSchG. Die Darstellung soll kostendifferenziert auf Basis aktueller Sachstände an den Schulen

erfolgen und die Tatsache berücksichtigen, dass die Übergangsregelung
Schwerpunktschule ab 2018 entfallen wird.

- 3) Bericht über den Fortbestand von Förderschulen außerhalb des Förderschwerpunkts
Lernen als Standortbetrachtung.

Begründung:

Auch wenn zwischen den Schulleitungen und dem Schulträger inzwischen Gespräche zu Zielvorstellungen stattgefunden haben, ist eine Realisierung der inklusiven Schule 'ad hoc' nicht ergebnisorientiert. Viel zu viele Fragen ergeben sich aus der vorliegenden Gesetzeslage gegenüber den kommunalen Gegebenheiten und ganz wesentlich gegenüber den Menschen vor Ort, die als Betroffene mit dem Thema Inklusion konfrontiert werden. Selbst die Entscheidungsträger sind nicht informiert und die Verwaltung hat bisher auf Ausführungen der CDU-Landesregierung gewartet. Es geht dabei um mehr als inklusive Bildung und Betreuung. Es geht um ein gesellschaftliches Miteinander sowie die Erziehung unserer Kinder!

Bei anhaltenden Haushaltsdefiziten müssen in diesem Zusammenhang nachhaltige Entscheidungen getroffen werden. Der Sachverhalt Inklusion muss konstruktiv betrachtet werden. Das bedarf Zeit, die mit einem Verzicht auf eine Übergangsregelung zur Verfügung steht. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten an unseren Schulen meines Wissens nach nicht bekannt, der Bedarf nicht klar und der Bestandsschutz von Förderschulen nicht dargestellt.

Die betroffenen Familien in Burgdorf haben Anspruch auf Klarheit, wie es mit der inklusiven Schule weitergeht. Burgdorf kann als Bildungsstandort weiter Profil gewinnen. Sonderpädagogische Förderung ist als Standortfaktor erkannt und sollte wegen des breiten Potenzials strategisch ausgebaut werden.

Mit freundlichen Grüßen,



Horst Ruser